



[Startseite](#) | [Zürichsee](#) | Männedorf: Gegenvorschlag soll Bodeninitiative den Wind aus den Segel nehmen

Abo [Abstimmung in Männedorf](#)

Gegenvorschlag nimmt der Bodeninitiative Wind aus den Segeln

Männedorf stimmt am 18. Mai über eine Bodeninitiative ab, die den Verkauf von Grundstücken der Gemeinde verbieten will. Der Gemeinderat empfindet diese aber als zu einschränkend.



Michel Wenzler

Publiziert: 05.03.2025, 11:30



Initianten um Pascal Brändle (SP) wollen erreichen, dass die Gemeinde künftig keine eigenen Grundstücke mehr verkaufen darf.

Foto: Moritz Hager

In Kürze:

- Eine Initiative in Männedorf fordert ein Verkaufsverbot für gemeindeeigene Grundstücke.
- Nur Stockwerkeigentum und Grundstücke unter 100 Quadratmetern wären vom Verbot ausgenommen.
- Der Gemeinderat schlägt vor, Verkäufe ab 250'000 Franken der Gemeindeversammlung zu überlassen.

Boden ist am Zürichsee ein rares Gut, und die Grundstückspreise sind in den vergangenen Jahren in die Höhe geschossen. Gemeinden sollen deshalb Land, das ihnen gehört, möglichst nicht mehr aus der Hand geben. Diese Forderung ist in jüngster Vergangenheit in mehreren Gemeinden in der Region aufgekommen, zuletzt in Männedorf. Dort hat SP-Vorstandsmitglied Pascal Brändle zusammen mit Mitunterzeichnenden – auch von den Grünen und der Mitte – eine Initiative eingereicht.

Mit ihrem Vorstoss verlangen die Initianten ein grundsätzliches Verkaufsverbot für Grundstücke, die der Gemeinde gehören. Einzig der Verkauf von Stockwerkeigentum und von Grundstücken unter 100 Quadratmetern soll vom Verbot ausgeschlossen sein. Ebenfalls erlaubt wären Verkäufe an den Kanton und den Bund für öffentliche Bauten sowie der Abtausch von Land.

Gemeinde befürwortet Stossrichtung

Die Bodeninitiative kommt am 18. Mai an die Urne, wie die Gemeinde nun bekannt gibt. Allerdings hat der Gemeinderat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, da er sie nicht befürwortet. Er unterstützt aber «im Grundsatz die Stossrichtung einer nachhaltigen Bodenpolitik», heisst es in einer Mitteilung.

Die Behörde sieht in ihrem Gegenvorschlag einen moderateren Ansatz vor, der die Hürde für den Verkauf von gemeindeeigenen Liegenschaften heraufsetzen würde. Demnach soll der Gemeinderat künftig nur noch Liegenschaften im Wert von bis zu 250'000

Franken in Eigenregie verkaufen dürfen. Die aktuelle Gemeindeordnung sieht hierfür eine Obergrenze von 2 Millionen vor.

Die Gemeindeversammlung wiederum wäre künftig für Verkäufe zwischen 250'000 und 2 Millionen Franken zuständig (statt wie heute für Geschäfte zwischen 2 und 4 Millionen). Verkäufe über 2 Millionen wiederum müssten zwingend an die Urne. Gegenwärtig ist dies erst ab 4 Millionen nötig.

Volk redet schon früher über Verkäufe mit

Der Gemeinderat beantrage somit eine deutliche Kompetenzverschiebung vom Gemeinderat hin zur Gemeindeversammlung und zur Urne, sagt Gemeindeschreiber Felix Oberhänsli. Dies schränke den Handlungsspielraum des Gemeinderats deutlich ein. Weiter stelle der Gegenvorschlag sicher, dass der Souverän wie bisher situativ und abschliessend über Verkäufe entscheiden könne.

Wichtig ist dabei: Bei besagten Liegenschaften und Grundstücken geht es nur um solche, die sich im Finanzvermögen befinden. Davon ausgeschlossen sind etwa Gebäude wie Schulen, die für Gemeindeaufgaben benötigt werden. Männedorf verfügt laut Oberhänsli gar nicht mehr über viele frei veräusserbare Grundstücke im Finanzvermögen. Der Spielraum für Verkäufe sei somit ohnehin eingeschränkt.

SP und Grüne halten an Initiative fest

Hauptinitiant Pascal Brändle (SP) betont, die SP und die Grünen würden an der Initiative festhalten, weil der Gegenvorschlag des Gemeinderats nicht so weit gehe, wie es die Initiantinnen und Initianten wollten. Die Mitte, also eine der Mitinitiantinnen, habe hingegen beschlossen, den Gegenvorschlag zu unterstützen.

«Er ist aber nicht dasselbe wie unsere Initiative», sagt Brändle. Der Gegenvorschlag ändere nur etwas an den Finanzkompetenzen des Gemeinderats, der Gemeindeversammlung und bei den Urnenab-

stimmungen. «Wir finden aber: In Männedorf gibt es nur noch wenig Land. Wir sollten es grundsätzlich schützen.»

Hätten die Initianten ihren Vorstoss zurückgezogen, würden zudem ihre Argumente nicht Eingang im Abstimmungsbüchlein finden. «Wir möchten aber mit unserer Position sichtbar sein, damit es zu einer Änderung in der Bodenpolitik kommt.»

Die Stimmberechtigten hätten nun eine Auswahl zwischen Initiative und Gegenvorschlag – das sei letztlich auch für sie ein Mehrwert. Das Komitee will der Bevölkerung am 7. April an einem Informationsanlass seine Argumente genauer darlegen. Der Veranstaltungsort ist noch nicht bekannt.

In Erlenbach gescheitert

Männedorf ist nicht die erste Gemeinde in der Region, die über eine Bodeninitiative wie diese abstimmt. Die Stimmberechtigten der Stadt Wädenswil haben beispielsweise im vergangenen Jahr eine Volksinitiative der SP, EVP und Grünen angenommen. Diese war auch Vorbild für die Männedörfler Initiative. 2020 wurde zudem eine Bodeninitiative in Adliswil angenommen, in Erlenbach hingegen scheiterte 2022 ein solches Anliegen.

Michel Wenzler ist Redaktor und schreibt vor allem über die Region Zürichsee. [Mehr Infos](#)

Fehler gefunden? [Jetzt melden](#).

2 Kommentare